



Stoppt die geplanten WHO-Verträge!

Die WHO verhandelt aktuell mit ihren Mitgliedstaaten zwei Verträge: den neuen Pandemievertrag und die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften. Beide Verträge sollen bereits an der Weltgesundheitsversammlung Ende Mai 2024 verabschiedet werden und haben für die Schweiz gravierende Folgen. Doch weder der Bundesrat noch die Medien informieren die Bevölkerung über die Auswirkungen dieser Verträge. Dabei hebeln die geplanten WHO-Verträge die Schweizer Verfassung aus und bedrohen alles, wofür die Schweiz steht – Souveränität, Freiheit und Menschenrechte. Deshalb ein klares Nein und ein Stopp zu diesen geplanten WHO-Verträgen!

Ende Mai 2024 sollen der neue Pandemievertrag und die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften an der Weltgesundheitsversammlung verabschiedet werden. Bei einer Annahme hat dies gravierende Folgen für die Schweiz und den einzelnen Bürger:

- Die Einflussmöglichkeit der WHO auf die Staaten wird massiv ausgedehnt, indem WHO-Empfehlungen neu **verbindlich** werden sollen. Die Mitgliedstaaten, d.h. auch die Schweiz, werden verpflichtet, sämtliche Massnahmen und Empfehlungen der WHO unverzüglich umzusetzen.
- Die Gründe zur Ausrufung einer Pandemie bzw. eines internationalen Gesundheitsnotstands durch den WHO-Generaldirektor sollen mittels neuer Grundkonzepte („One Health“) **massiv erweitert** werden, ohne ein Mitspracherecht der betroffenen Staaten.
- Es fehlen zudem Überprüfungsmechanismen, die es den Staaten erlauben, während einer von der WHO deklarierten Pandemie angeordnete Massnahmen auf ihre Rechtmässigkeit zu überprüfen. Somit bestehen keine Gewaltenteilung, keine „Checks & Balances“ und **keine Korrekturmöglichkeit**. Dies verunmöglicht einen wirksamen Schutz der Schweizer Grundrechte und Verfassung.

- Der vorgesehene **Macht- und Kompetenzausbau** zu Gunsten des WHO-Generaldirektors ist gravierend, da dieser weder einer unabhängigen Kontrollinstanz noch einer Rechenschaftspflicht untersteht.
- Die WHO verlangt einen **Führungsanspruch bei allen Gesundheitsmassnahmen** (wie Lockdown, Impfungen, etc.), sobald es sich – nach Sicht der WHO – um einen internationalen Gesundheitsnotstand bzw. eine Pandemie handelt. Auch die Einführung eines globalen, digitalen Impfbereichs droht. So wird es der Schweiz verunmöglicht, selbstständig eigene Lösungen umzusetzen.
- Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, „falsche“ und „irreführende“ Informationen bei Gesundheitsrisiken zu bekämpfen. Somit liegt der Entscheid letztlich bei der WHO, was als richtig oder falsch deklariert wird – **ein eklatanter Verstoss gegen die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit**.

Schicken Sie deshalb die nebenstehende Protestkarte an Bundespräsidentin Viola Amherd und fordern Sie einen Stopp zu diesen geplanten WHO-Verträgen!

Jetzt diese Aktion unterstützen:



ZUKUNFT/CH

MIT WERTEN WERT SCHAFFEN

Zürcherstrasse 123 | CH-8406 Winterthur | www.zukunft-ch.ch

Absender:

Bitte
frankieren

**An
Viola Amherd
Bundespräsidentin
Bundeshaus Ost
3003 Bern**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin

Durch den neuen Pandemievertrag und die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften soll die Einflussmöglichkeit der WHO zu Lasten der Staaten massiv erweitert werden. WHO-Empfehlungen würden verbindlich und die Kompetenzen des WHO-Generaldirektors massiv ausgebaut. So kann dieser künftig – ohne das Mitspracherecht betroffener Staaten – mittels neuer Grundkonzepte („One Health“) einen internationalen Gesundheitsnotstand bzw. eine Pandemie ausrufen. Entsprechende Kontrollmechanismen fehlen dabei gänzlich, ebenso ein wirksamer Schutz unserer Grundrechte und Verfassung. Gravierend ist, dass sich die Staaten mit diesen Verträgen verpflichten, sogenannte – nach Ansicht der WHO – „falsche“ und „irreführende“ Informationen bei Gesundheitsrisiken zu bekämpfen. Dies ist ein eklatanter Verstoß

gegen die verfassungsmässig gewährleistete Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit und gegen die Informationsrechte der Bürger.

Bis heute liegt keine Verlautbarung des Bundesrats vor, die sich mit diesem geplanten Machtausbau der WHO und den Gefahren für die Schweiz und ihre Bevölkerung kritisch auseinandersetzt. Eine solche Machtkonzentration – insbesondere ohne Kontrollmöglichkeit – widerspricht einer freiheitlich-demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung und ist für die Schweiz unannehmbar.

Ich fordere Sie daher auf, diese geplanten WHO-Verträge umgehend zu stoppen!

Persönliche Bemerkungen:

Unterschrift:
